

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Dieter Mertens

Zur Topographie der Arbeitsmarktforschung

3. Jg./1970

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zur Topographie der Arbeitsmarktforschung

Dieter Mertens

Die Erfordernisse einer effizienten Arbeitsmarktforschung in der Bundesrepublik und ihre damals unzureichende Erfüllung wurden Anfang 1968 in Heft 3 der Mitteilungen dargestellt. Im folgenden Aufsatz wird zunächst beschrieben, welche Fortschritte in den letzten Jahren dabei erzielt wurden, die politischen, organisatorischen, informatorischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen zu verbessern. Dies gibt sodann Anlaß, die Fortentwicklung von Methoden, Hypothesen und Arbeitsschwerpunkten auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Zusammenhang mit der Entwicklung gesellschaftlicher Einsichten und Leitbilder zu beurteilen.

Normalerweise haben die leitenden Ideen der Forschung einen gewissen zeitlichen Vorsprung vor politischen und publizistischen Impulsen. Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung und Arbeitsmarktpolitik ist diese Differenz in den vergangenen Jahren allerdings nie groß gewesen. Sowohl die wissenschaftlichen wie die politischen Überlegungen unterliegen gegenwärtig einer beachtlichen Dynamik. Das zeigt sich u. a. am raschen Übergang vom vorwiegenden Arbeitsleistungsbezug zum vorwiegenden Bildungsbezug in den Diskussionsschwerpunkten und an der sehr rasch fortschreitenden Differenzierung der Einzelprobleme in der öffentlichen und wissenschaftlichen Sicht.

Der Aufsatz schließt einen gestrafften Überblick über die Herkunft und denkbare Weiterentwicklung der gegenwärtig vorherrschenden Ideen in Politik und Forschung ein. Wenn man die gegenwärtige Betonung der mobilitäts-, lernleistungs- und bildungsorientierten Gesichtspunkte wiederum als eine Orientierungsphase ansieht, so stellt sich die Frage, wohin sich die Ideendiskussion in noch bevorstehenden Phasen im Schwerpunkt wenden könnte (möglicherweise werden Fragen der individuellen und gesellschaftlichen Kreativität immer stärker in den Vordergrund dringen, während gleichzeitig immer rationalere Planungssysteme entwickelt werden).

I. Fortschritte in der jüngsten Zeit

Vor knapp 2 Jahren wurde an dieser Stelle, kurz nach der Gründung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, eine vorwiegend negative Bestandsaufnahme zu den in der Bundesrepublik herrschenden Rahmenbedingungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vorgelegt.¹⁾ Inzwischen lohnt sich ein Rückblick; bedeutsame Fortschritte sind in jüngster Zeit erzielt worden:

Zunächst wurde damals beklagt, daß außerhalb der Bundesanstalt für Arbeit noch relativ wenig öffentliche Mittel für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bereitgestellt wurden. Die Mittelbereitstellung hat sich seitdem spürbar erhöht. Der „Arbeitskreis Automation“ der Konzentrierten Aktion hat ein auf drei Jahre veranschlagtes For-

schungsprogramm entwickelt, welches aus Mitteln der Bundesregierung finanziert wird. Die ersten Forschungsaufträge wurden vergeben.²⁾ Verschiedene Bundesländer haben sowohl durch ihre bildungspolitischen wie auch ihre arbeitsmarktpolitischen Instanzen eigene regionale Forschungsprogramme in die Wege geleitet.³⁾ Auch die bereits vor der Gründung des IAB in Gang gesetzten Forschungsaktivitäten des RKW wurden in den letzten Jahren auf dem „Forschungsmarkt“ voll wirksam. Verschiedene Berichte liegen bereits vor. Schließlich hat die Bundesanstalt für Arbeit selbst ihre Forschungsaufwendungen im Zuge des geplanten stetigen Aufbaues des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weiter erhöht.

Es wurde damals weiter bedauert, daß die Koordination von Forschungsinformationen unzulänglich sei. Inzwischen richtet die Bundesregierung beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eine Informationsstelle ein, welche Meldungen über Forschungsinitiativen und Forschungsvorhaben anderer Ressorts und der Bundesländer sammeln soll. Da damit nicht alle relevanten Arbeiten erfaßt werden, ist es zu begrüßen, daß darüber hinaus die Koordinierungsstelle für die Dokumentation sozialwissenschaftlicher Forschung durch umfangreiche Erhebungen einen Überblick über Arbeitsmarktforschung und

¹⁾ Dieter Mertens: Zur Situation der Arbeitsmarktforschung in der Bundesrepublik, „Mitteilungen“ des IAB, Heft 3 (Juli 1968), S. 87 ff.

²⁾ Vgl. die Informationen in den „Mitteilungen“ des IAB, Heft 8 (Juni 1969), S. 637 ff.

³⁾ über abgeschlossene Programme unterrichten: der 1000-Seiten-Band des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge „Soziale Probleme der Automation in Bayern“, München 1969, sowie zwei umfangreiche Berichte des Arbeits- und Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen („Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser“ und „Umschulung und Fortbildung“), Düsseldorf 1969.

verwandte Gebiete zu erlangen sucht.⁴⁾ Gegenwärtig dürfte der umfassendste Überblick allerdings bei der Projektdokumentation im IAB liegen, die sich in den vergangenen Jahren gleichfalls stark ausgeweitet hat. Die durch die genannten Stellen angestrebte Transparenz kommt überwiegend auf freiwilliger Basis zustande; gesetzliche Meldeverpflichtungen existieren noch nicht. Um so mehr darf auch an dieser Stelle dafür geworben werden, daß einschlägig arbeitende Institutionen sich an den laufenden Umfragen auch im Interesse des eigenen notwendigen Überblicks beteiligen. Diese Notwendigkeit nimmt gerade wegen der Ausweitung der Forschungsaufwendungen ständig zu.

Selbst auf dem Gebiet übergeordneter Forschungsstrategien — eine damals weiter aufgezählte Lücke — deuten sich für die siebziger Jahre Fortschritte an: Im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Arbeitskreises Automation ist beim BMA eine Gruppe von Systemanalytikern tätig geworden, welche die Ablauf- und Beeinflussungsmechanismen am Arbeitsmarkt als ein Schema von Forschungsrelevanzen abzeichnen soll. Die Aufgabe ist außerordentlich komplex und wird sicherlich nicht im ersten Anlauf bewältigt werden, immerhin wird der systemanalytische Ansatz seine Früchte tragen. Er wird wahrscheinlich darüber hinaus die notwendige Reflexion über die Kompatibilität der politischen Absichten auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik erzwingen.

Optimismus ist jetzt ferner angebracht, wenn man neuerdings die Aussichten auf eine verbesserte Arbeitsmarktstatistik prüft. Das 1969 in Kraft getretene Arbeitsförderungsgesetz sieht ausdrücklich die Möglichkeit zu direkten arbeitsmarktstatistischen Erhebungen seitens der Bundesanstalt vor. Noch wichtiger aber ist, daß gegenwärtig ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, in der Bundesrepublik die Möglichkeiten der Sozialversicherung für eine aktuelle und die wesentlichen Merkmale umfassende laufende Arbeitnehmerstatistik zentral zu nutzen.⁵⁾ Dies wurde auch an dieser Stelle angeregt.⁶⁾ Ferner ist es gelungen, in die Zusatzbefragungen zum Mikrozensus in stärkerem Maße arbeitsmarktbezogene Fragen einzubringen. Da zu all-

dem im Jahre 1970 wieder eine Volks- und Berufszählung stattfindet, ist zu erwarten, daß die Arbeitsmarktforschung Anfang der siebziger Jahre auf einem erheblich angehobenen Informationsniveau arbeiten kann. Trotzdem sind natürlich bei weitem noch nicht alle Wünsche erfüllt.

Inwieweit die derzeit in Bund und Ländern geförderte Entwicklung von numerischen und nichtnumerischen Datenbanken⁷⁾ sich bereits in absehbarer Zeit als erleichternd für die Arbeitsmarktforschung auswirken wird, ist jetzt noch nicht gut zu beurteilen. Aber auch hier kann zumindest heute nicht mehr gesagt werden, daß die Bundesrepublik in den Anstrengungen, moderne Instrumente zu nutzen, hinter anderen Ländern herhinke. Datenbanken sind auch in den USA noch mit vielen Problemen belastet.

über die Fortschritte in der Methodik der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind die Leser der Mitteilungen des IAB, soweit dies möglich war, laufend unterrichtet worden. Im August 1969 wurde der Bundesregierung seitens des Battelle-Instituts der erste umfassende und in sich konsistente Bericht zur quantitativen und fachrichtungsstrukturellen Vorausschau auf den westdeutschen Arbeitsmarkt für die Jahre 1971 und 1976 vorgelegt. Das Stadium der isolierten, inkonsistenten Prognosen darf damit weitgehend als überwunden gelten. Gleichzeitig sind an verschiedenen Stellen verstärkt Forschungsbemühungen zur Frage der Substitution auf dem Arbeitsmarkt in die Wege geleitet worden, ohne deren Klärung quantitative Prognosen nach Art des Battelleberichts mit noch zuviel Unsicherheitsfaktoren behaftet sind, als daß sie unmittelbar in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik oder gar für die Beratung des Einzelnen Verwendung finden könnten. Der Fortschritt, der darin liegt, daß hier eine vordem nur konzeptionell vorliegende Methode der Systemprojektion in allen Einzelheiten mit dem vorhandenen Material rechnerisch durchgespielt wurde, darf jedoch nicht gering geachtet werden. (Es wird hier natürlich nicht übersehen, daß die Bildungsökonomie durch die Verdienste der Baseler Schule entscheidende Schrittmacherdienste geleistet hat und der Arbeitsmarktforschung einige Jahre voraus war.)

Vor zwei Jahren mußte auch das Fehlen analoger Forschungseinrichtungen für benachbarte Untersuchungsgegenstände bedauert werden. Ein zentrales Institut für Automationsforschung ist zwar nicht entstanden, wohl aber vermögen die Arbeiten des Arbeitskreises Automation systematisch einige wichtige Lücken zu schließen. Ein zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung, wie es hier ebenfalls gewünscht wurde, ist nun auf der Basis des Berufsbildungsgesetzes⁸⁾ im Entstehen. Damit erhält die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die notwendige zweite institu-

⁴⁾ Das erste Umfrageergebnis liegt als „Titelliste über Projekte sozialwissenschaftlicher Forschung“, herausgegeben von der Koordinierungsstelle für die Dokumentation sozialwissenschaftlicher Forschung, Köln 1969, vor.

⁵⁾ Vgl. Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Nr. 3/69.

⁶⁾ Vgl. Werner Karr: Umfang und Art ausländischer Erwerbsstatistiken, in „Mitteilungen“ des IAB, Heft 7 (März 1969), S. 543.

⁷⁾ Auch in der Bundesanstalt für Arbeit werden im Zuge des Ausbaus der elektronischen Datenverarbeitung derartige Pläne erörtert.

⁸⁾ Vgl. die Informationen in den „Mitteilungen“ des IAB, Heft 9 (August 1969), S. 762 ff.

tionelle Stütze. Gleichzeitig werden im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft und auf Initiative anderer Stellen einige Institute für die Zukunftsforschung in der Bundesrepublik aufgebaut. Auch ist der Öffentlichkeit die Bereitschaft der Bundesregierung, in den siebziger Jahren erhebliche Investitionen für die Zukunftsforschung zur Verfügung zu stellen, mitgeteilt worden. Die Arbeitsmarktforschung darf mit den entstehenden Instituten einen regen Informations- und Gedankenaustausch erhoffen.

Eher im argen liegt immer noch die Forschungsauswertung, obwohl auch hier einige Verbesserungen erzielt wurden. Einige Ministerien in Bund und Ländern haben spezielle Referate für Forschungsfragen eingerichtet, die sich auch mit Auswertungsproblemen befassen. Im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden größere Anstrengungen zur Auswertung vorhandener Forschungsergebnisse unternommen⁹⁾, insgesamt ist aber das Auswertungsproblem noch nicht beseitigt. Gerade mit der Zunahme der Forschungsaktivitäten bedarf die Aufgabe der notwendigen komplementären Investitionen für die Umsetzung von Forschungsergebnissen dringend einer intensiveren Erörterung.

Die Bundesanstalt für Arbeit darf sich einen Teil des Verdienstes daran zuschreiben, daß das junge Forschungsgebiet, welches in dieser Schriftenreihe sein Forum finden soll, in so relativ kurzer Frist eine recht bedeutsame Entwicklung genommen hat. Das ist in den von der Bundesanstalt herausgegebenen „Mitteilungen“ des IAB verschiedentlich Anlaß gewesen, zur Förderung des Verständnisses zwischen Öffentlichkeit und Forschung neben den gesellschaftlichen Möglichkeiten der wissenschaftlichen Untersuchung ökonomischer und sozialer Verhältnisse auch hin und wieder deutlich die Grenzen, die sich gegenwärtig noch stellen, zu beschreiben. Es ist immer schwierig, gleichzeitig zu sagen: Forschungsförderung ist dringend notwendig, weil die Kompliziertheit einer Materie unwissenschaftliche Erörterungen nicht mehr erlaubt, und: Man darf Forschung nicht als einen Automaten ansehen, welcher in jeder Notlage einer aktuellen Orientierungslosigkeit Patentrezepte auswirft, — ohne Gefahr zu laufen, mit einer dieser beiden gleichgewichtigen Aussagen überinterpretiert zu werden. Das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft ist insbesondere in den Anfangsstadien einer neuen Disziplin gewöhnlich labil. Pessimismus und übertriebener Optimismus wechseln ab oder bestehen gleichzeitig in verschiedenen gesellschaftlichen Bezirken nebeneinander. Installierte Wissenschaftszweige wie etwa die Naturwissenschaften, die Medizin,

⁹⁾ So erscheinen innerhalb der Verwaltung der Bundesanstalt ab 1970 „Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, welche eigene und fremde Forschungsergebnisse für die Administration und das Management umzusetzen suchen.

die Rechtswissenschaft oder auch bereits die Meteorologie haben dieses Stadium glücklicherweise überwunden: Man bejaht sie, weil man ihre Zwecke einsieht und ihre Fortschritte beobachtet, man erwartet aber keine unwiderleglichen Allheilmittel in jeder Situation. Man hat sich daran gewöhnt, daß in dem Maße, in dem sich eine Forschungsdisziplin ihren Anfangszielen nähert, neue Fragen auftreten, welche erneute Anstrengungen erfordern, und daß dieser Prozeß kein Ende hat.

So werden gewiß auch alle jene Initiativen, welche oben mit Befriedigung genannt wurden, bald neue, bisher noch gar nicht bekannte Probleme ans Licht bringen. Drei wichtige Adressaten der Arbeitsmarktforschung, der Bildungsplaner, der Arbeitsmarktpolitiker und der Berufsberater, erkennen schon jetzt, daß Forschung unter anderem die Wirkung hat, daß die eigene Arbeit komplizierter und differenzierter zu beurteilen ist, als es in einem vorwissenschaftlichen Stadium vermeintlich der Fall war. Es sei gestattet, an dieser Stelle einmal in einem etwas weiteren Gedankenfluge einige Hypothesen darüber aufzustellen, welcher Art die künftigen Reflexionen und Komplizierungen sein könnten.

II. Forschung und Politik auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes und der Ausbildung in langfristiger Perspektive

a) Phase der Arbeits- und Sicherungsgesellschaft

In dieser Phase befinden wir uns seit geraumer Zeit und werden sie auch vorerst in der Wirklichkeit nicht verlassen, obwohl eine kommende Lern- und Bildungsgesellschaft bevorstehen dürfte, wenn auch noch nicht so bald, wie hie und da geglaubt wird.

Es wird hier nicht behauptet, daß sich Politik und Öffentlichkeit vor der Konstituierung spezifischer bildungsökonomischer und arbeitsmarktwissenschaftlicher Problemkreise in einer durchweg vorwissenschaftlichen Verfassung befunden hätten. Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik haben die Kontinuität der natur- und sozialwissenschaftlichen Aufklärung stets, wenn auch in Schüben, zu beachten gehabt. Aus der Sicht spezifischer, abgespaltenen Fragestellungen im Wissenschaftsraum hat aber die eigentliche Verwissenschaftlichung der Ressortpolitik etwa vor zehn Jahren begonnen. Ein Abriß, dem es weniger um geschichtliche Erörterungen als um die denkbare Weiterentwicklung zu tun ist, darf deswegen wohl mit der Einordnung der letzterreichten Zustände beginnen.

Die ersten Aufforderungen an die Forschung nach Akzeptierung einer generellen Bildungsexpansion (auf deren Gründe hier nicht eingegangen werden soll) und bei zunehmender Arbeits-

kräfteknappheit in fast allen Bereichen richteten sich auf isolierte „Bedarfsfeststellungen“ für ausgewählte „Berufe“. Es folgte die Erfahrung, daß konsistente, differenzierte Schätzungen für das gesamte Erwerbs- und Bildungssystem zumindest theoretisch stichhaltigere Ergebnisse liefern würden. Beide Ansätze sind methodisch weit und vielgestaltig entwickelt worden. Ihre Anwendung stößt sich zwar an dem zur Verfügung stehenden statistischen Informationsniveau, welches aber angehoben zu werden verspricht.

Der gesellschaftlich und individuell empfundene Bedarf an quantitativen Bedarfsprognosen nimmt rasch zu, mit ihm auch die Förderung solcher Vorhaben, welche rasche quantitative Aussagen erwarten lassen. Die Forschungsintensität und auch die Intensität der gesellschaftlichen Nachfrage auf diesem Feld dürften ihren Kulminationspunkt derzeit noch nicht erreicht haben.

Das vorherrschende Bild der Wirklichkeit auf dem Markt zwischen Ausbildung und Erwerbswelt ist gekennzeichnet durch die Vorstellung überwiegend limitationaler monovalenter Beziehungen zwischen Ausbildungsrichtung und Arbeitsplatztypus, d. h. durch die Vorstellung, daß eine gegebene Ausbildung nur auf einen bestimmten Typus von Arbeitsplätzen Zugang verschaffe und daß Substitutionen in der Regel vernachlässigt werden können. Das Bild ist weiter gekennzeichnet durch überwiegend deterministische Vorstellungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Politik, d. h. durch die Einordnung der Politik als Korrekturfaktor im Nachzug auf vermeintlich unbeeinflussbar ablaufende technologische und soziale Prozesse.

Neben der Nachfrage nach quantitativen Prognosen in Begriffen der herkömmlichen Berufs- und Ausbildungsklassifikationen entsteht bald Bedarf an Aussagen über „notwendige Ausbildungsinhalte“, jedenfalls immer dort, wo man Diskrepanzen zwischen den durch die Ausbildung vermittelten und den an den Arbeitsplätzen erwarteten Fertigkeiten zu entdecken glaubt. Da auch die Entwicklung der einzelnen Anforderungen an Arbeitsplätzen gleicher Kategorie als dynamisch begriffen wird, werden Prognosen über die technologischen Verhältnisse an Arbeitsplätzen gleicher und unveränderter Bezeichnung erwartet. Da die Vielfalt der gegebenen Arbeitsplätze in einer Industriegesellschaft und die Vielfalt der ständig ablaufenden Veränderungen eine brauchbare Totalbeschreibung für die gesamte Erwerbswelt aus Kostengründen nicht gestatten, konzentrieren sich die Forschungsbemühungen auf diesem Gebiet auf die Anwendung eklektizistischer Methoden in — meist aus forschungspolitisch zufälligen Gründen — ausgewählten Sektoren und Betrieben. Das Problem

der Repräsentativität, das für eine effiziente Beratung der Bildungspolitik aus dieser Richtung von zentraler Bedeutung ist, ist hierbei bislang nicht zufriedenstellend gelöst worden.

Gleichzeitig wird erkannt, daß die technische und gesellschaftliche Entwicklung ihrerseits durch die vorhandene Absolventenstruktur mit ihrer in der Ausbildung erworbenen Qualifikation mitbestimmt wird: Nicht nur Arbeitsplätze prägen Arbeitskräfte, sondern auch Arbeitskräfte vermögen Arbeitsplätze zu prägen, häufig nicht zum Nachteil der angestrebten Entwicklung. So gerät auch die Hypothese des technischen und sozialen Determinismus ins Wanken. Erneut, wie so oft in der Geschichte, wird die Frage aktuell, in welchem Grade die Politik, also gesellschaftliches Wollen nicht vielmehr die Vorhand bei der Bestimmung künftiger Zustände habe. Man entdeckt, daß quantitative prognostische Modelle auch und vielleicht vorwiegend als Entscheidungsmodelle zu verstehen sind, welche das Maß und die Mittel aufzeigen, mit welchen Politik tätig werden muß, wenn sie eine Entwicklungsvariante anstrebt. Je mehr sich diese Vorstellung Bahn bricht, desto mehr wird die wissenschaftliche und politische Machbarkeit des Geschehens zum gesellschaftlichen Credo. Was die quantitativen Strukturmodelle der Forschung angeht, so brauchen in diesem Stadium deren Methoden nicht wesentlich abgewandelt zu werden, lediglich ihre neue Interpretation erfordert einige zusätzliche Verarbeitungsprogramme, mit denen systematisch Alternativrechnungen durchgeführt und Variable und Invariable des Modells ausgetauscht werden können.

Die Öffentlichkeit nimmt von der angedeuteten Entwicklung in Forschung und Politik Kenntnis und zieht zunächst recht einfache Schlüsse: Man bemerkt, daß das berufliche Schicksal, welches man in früheren Generationen in der Hand unbegreiflicher Zufälle glaubte, Zusammenhänge mit der durchlaufenen Ausbildung aufweisen könnte, so daß es denkbar scheint, daß eine existentielle Sicherung schon alleine durch die Ausrichtung der Ausbildungsentscheidung an quantitativen Strukturprognosen über die Erwerbswelt erreicht werden kann. In dieser Phase wird der Berufsberater z. B. häufig mit der schlichten Frage konfrontiert, welcher „Beruf“ die besten existentiellen Zukunftschancen eröffne, oder ob der Beruf, für den man sich geeignet fühle, überhaupt Zukunftschancen habe, oder ob man nicht eine Aufzählung aller jener Berufe, welche gute, und aller jener Berufe, welche schlechte Zukunftschancen haben, erhalten könne. Der Unterschied zwischen globalen Planungsgrundlagen und dem erforderlichen Material für individuelle Lebensentscheidungen ist nicht oder nur undeutlich bewußt. Die rege (und in dieser Situation berechnete) Nachfrage nach derartigen

Orientierungshilfen wird zum Ansporn für die Forschung, auch für diesen Benutzerkreis Entscheidungsgrundlagen zu ermitteln, welche sich notwendigerweise von den Rechenmodellen für die politische Planung unterscheiden müssen. Die Lösung scheint in der Auffächerung der summarischen Frage nach den Chancen in ihre wesentlichen Bedingungen und Komponenten zu liegen (Sicherungsaspekt, Einkommensaspekt, Aufstiegsaspekt, Konkurrenzaspekte, Aspekte der Risikostreuung usw.), etwa nach Art differenzierter Verbrauchertests, an denen ja auch die nach willkürlichen Gewichtungssystemen gezogene Summe („empfehlenswert“ — „weniger empfehlenswert“) die geringste Beachtung verdient, verglichen mit einer sorgfältigen Aufzählung detaillierter Vorzüge und Nachteile. In dieser Richtung wird denn auch im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gearbeitet.

b) Die mobile Lern- und Bildungsgesellschaft

Sie ist derzeit Vision und Postulat zugleich. Eine auf der Lernfähigkeit des Menschen fußende berufliche Mobilität ist aber auch eine — wenn auch trotz aller Bemühungen nach wie vor schwer faß- und meßbare — geschichtliche Realität. Daß sie nicht nur als Realität hingenommen, sondern darüber hinaus als Ziel eingeführt wird, hat seine Ursache in der Vermutung, daß sich die Wandlung der Umweltbedingungen zunehmend krasser vollziehe, als dies früher der Fall war. Wäre die Überzeugung, daß auch krasse Wandlungen der Prognose zugänglich wären, ungebrochen, so wäre das Problem der adäquaten Ausrichtung des Bildungssystems auch durch genügend Investitionen in die prognostische Arbeit zu lösen, die Mobilitätsforderung verlöre demgegenüber an Gewicht. Erfreulicherweise liegt jedoch Naivität diesen Grades in der Politik nicht mehr vor.

Die politische Forderung der Mobilitätssteigerung hat wiederum als Adressaten die Bildungsplanung, die Arbeitsmarktlegislatur und den einzelnen Bürger. Für den Bürger bedeutet die Forderung Verschiedenes, je nachdem, ob er sich noch (oder noch nicht) im Ausbildungssystem befindet, oder ob er bereits berufstätig ist. Im einen Fall werden Verhaltensweisen empfohlen, welche bereits in jungen Jahren den Grundstein dafür legen sollen, daß der Wandel von Umweltbedingungen später ohne Leid bewältigt werden kann, im anderen Fall gilt der Appell dem Abbau möglicherweise früh falsch programmierter Verhaltensweisen.

Der Mobilitäts- oder Substitutionsfaktor ist in den Konzeptionen der Forschung bereits in dem Augenblick erkannt worden, als sich anhand empirischer Untersuchungen erwies, daß sich die Hypothese der überwiegend monovalenten Beziehungen zwischen Ausbildung und Beruf nicht halten läßt.

Erhebliche wissenschaftliche Anstrengungen beginnen sich auf die Frage zu richten, welchen Grades und welcher Art die reale Polyvalenz (Vieldeutigkeit) gegebener Ausbildungsabschlüsse in bezug auf verschiedene Typen von Arbeitsplätzen ist. Berufsverwandtschafts- und Berufsverzweigungsuntersuchungen, welche hierzu Auskunft geben, sind sehr viel aufwendiger als statistische Projektionen auf der Basis der Monovalenzhypothese. Sie finden überdies im vorhandenen statistischen Instrumentarium noch weniger Stützen. Repräsentative Berufsverlaufsuntersuchungen, wie sie jetzt in Angriff genommen wurden, werden zumindest über die Verhältnisse in der Vergangenheit einiges aussagen (Übertragungen der Ergebnisse in die Zukunft sind nur mit Vorbehalt möglich); umfangreiche Befragungen und theoretische Analysen werden die Gegenwart beleuchten können (die Möglichkeit der Fortschreibung in die Zukunft hängt vom Ausmaß und Tempo der Wandlungen im Bildungssystem und auf den Arbeitsmärkten ab). Vorhandene Modelle der Strukturprojektion können um Polyvalenz-Annahmen prinzipiell erweitert werden; die Verwendung solcher Modelle als politische Entscheidungshilfe zur Beeinflussung von Entwicklungstendenzen wird die festgestellten Polyvalenzen nicht mehr ausklammern dürfen.

Wenn aber in ein solches Modell etwa die Annahme eingeführt wird, daß sich die Zugänge aus einer gegebenen Ausbildung in die Tätigkeitskategorien A und B wie 50:50 oder 10:90 usw. verhalten, und diese Annahmen extrapoliert werden, so handelt es sich weiterhin um zwar polyvalente, aber immer noch limitationale Modellbeziehungen.

Die Realität ist wiederum komplizierter: Die Verteilung wandelt sich mit den Marktbedingungen, überdies können Tätigkeitskategorien C, D, E usw. — mit sich wandelnden Marktbedingungen — hinzutreten und wieder fortfallen.

Ist dies bewußt, so wird man daran gehen müssen, Modelle mit hoher interner Substitutionalität zwischen den Fachrichtungen der Ausbildung zu entwerfen. Die methodische und informatorische Bewältigung dieser Aufgabe ist gegenwärtig noch kaum vorstellbar. Zunächst gilt es, die wesentlichen Bestimmungsfaktoren von Substitutionsprozessen zu ermitteln und die einzelnen Substitutionsvorfälle in Abhängigkeit von diesen Bestimmungsfaktoren abzubilden. Sodann sind Prognoseverfahren für die Bestimmungsfaktoren zu entwickeln, und erst dann ist an eine Verbindung des neu geschaffenen zusätzlichen Methoden- und Informationsfundus mit desaggregierten entscheidungsbezogenen Strukturprognosemodellen zu denken. Insbesondere wird die notwendige Aufnahme von Einkommens- und anderen Marktdeterminanten in das Modell Schwierig-

keiten bereiten, die gegenwärtig noch nahezu unüberwindlich scheinen. Allerdings: Vieles, was einmal unlösbar schien, wurde schon durch intensive wissenschaftliche Bemühungen einer Lösung nähergebracht.

Die Substitutionsforschung könnte möglicherweise einmal aufzeigen, daß die interne Mobilität der Faktoren schon unter den gegebenen Verhältnissen so hoch ist, daß sie den Anforderungen einer reibungsarmen Anpassung an sich wandelnde Verhältnisse weitgehend genügt. Angenommen wird dies gegenwärtig nicht. Natürlich würde die Kenntnis von latenten Substitutionspotentialen, die heute noch nicht bekannt sind, auch höhere Nutzungsgrade durch Information und Lenkung erlauben. Sicherheitshalber, und weil die Zeit zu drängen scheint, versucht man vorweg — wahrscheinlich zu Recht — das Problem an der Wurzel zu packen: Im Bildungssystem. Die Idee ist, daß die Ausbildungswege selbst mehr mit Rücksicht auf einen möglichst weiten Substitutionshorizont der Absolventen gestaltet werden sollten. Die Aufgabe für die Forschung (und in diesem Punkt fallen Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung zusammen) lautet dabei, daß jene Bildungselemente zu eruieren sind, welche entweder gemeinsamer Bestandteil der Anforderungen an verschiedenen Arbeitsplatztypen sind, oder welche der Erfüllung möglichst vieler verschiedenartiger Anforderungen als gemeinsame Quelle dienen können. Im ersten Fall wird es sich um die Suche nach möglichst vielseitig verwendbaren Wissensinhalten und Fertigkeiten handeln, im anderen um die Suche nach vielseitig verwendbaren Verfahrenkenntnissen und vielseitig nutzbaren Lern- und Arbeitshaltungen, soweit sie durch Einübung vermittelt werden können. Nach den gefundenen Erkenntnissen sind dann Bildungswege und -Systeme zu errichten, welche eine maximale Berufsflexibilität der Ausgebildeten ermöglichen. Gleichzeitig weiß man, daß die Erstausbildung, wie sehr auch immer sie auf dieses Ziel hin ausgerichtet sein mag, zwar ein notwendiges Fundament für die Mobilität des Erwachsenen darstellt, daß aber zusätzlich erhebliche Lern- und Weiterbildungsanstrengungen während des gesamten Erwerbslebens erforderlich sind, wenn das Fundament richtig genutzt werden soll. Gerade hierfür, nämlich für die Fähigkeit, ein Leben lang weiter zu lernen, sollen kommende Arten der Erstausbildung die mentalen Voraussetzungen vermitteln.

Es ist vorauszusehen, daß die Nachfrage nach Forschung, welche gesicherte Aussagen über substitutionsfördernde Ausbildungselemente erbringt, auf lange Zeit hinaus stetig zunehmen wird, je mehr dieses Gesellschaftsbild breite Zukunftsvorstellung wird. Auch die Nachfrage des einzelnen wird, wo immer er Rat sucht, sich — mit der üblichen Verzögerung — stärker darauf

richten, daß man ihm derartige übergeordnete mobilitätsfördernde Ausbildungseinheiten nennt, welche er sich zunutze machen könnte. Damit wird die Phase überwiegend deterministischer Vorstellungen in der Politik vollends abgelöst durch die Nutzung der Gestaltungsspielräume, und beim einzelnen durch die selbstverantwortliche Entscheidung über Starrheit oder Beweglichkeit. (Es sind jedoch keine Tendenzen sichtbar, welche befürchten ließen, daß dabei der Aspekt der sozialen Sicherheit verkümmern könnte.)

Nach allen Erfahrungen ist zu erwarten, daß die Blüte der Substitutionsforschung wiederum ihre mehr naiven und ihre mehr differenzierenden Stadien durchlaufen wird. Vor allem aber ist kein Zweifel daran, daß sich mit zunehmender Anhäufung von Erkenntnissen auch auf diesem Gebiet in zunehmender Zahl weitere und vielleicht überraschende Fragen stellen werden.

III. Und danach?

Wenn die erahnbaren Tendenzen in Gesellschaft und Forschung bis hierhin aufgezeichnet sind, muß man sich auch der Frage stellen, was denn danach komme.

Wenn ein Ziel des Bemühens die zunehmende Entlastung des Menschen vom Leistungsdruck ist, so bedeutet der Übergang von der Arbeitsgesellschaft zur Lerngesellschaft zunächst einmal nur das Einschlagen einer qualitativen Variante, nicht aber einen quantitativen Fortschritt. Der Zwang, zunehmend Wissen zu speichern, also Fakten und Fertigkeiten zu lernen, ist mit Leistungsaufgaben ebenso verbunden wie die routinemäßige Berufsausübung. Auch die nächste Stufe, die Notwendigkeit, Verfahren zu lernen, bedeutet zunächst wiederum einmal Lernen und damit Leistung erbringen. Schließlich: Auch Lernen lernen bedeutet Lernen und damit Leistungsdruck. Es lassen sich Einzelne, Gruppen und sogar ganze Gesellschaften vorstellen, für die der auf der Lernforderung lastende Leistungsdruck sogar schwerer wiegt als die Forderung, in der Reproduktion von Gelerntem durch Arbeit eine hohe Effizienz erzielen zu müssen.

Die vorherrschenden Argumente für die Lerngesellschaft sind denn auch überwiegend arbeitseffizienzorientiert. Es werden zwar auch wünschbare Nebeneffekte erhofft, wie: Vergrößerung der Wahlfreiheit innerhalb des Erwerbslebens, Aufhebung der Monotonie der Arbeit, bessere Ausrüstung für die gesellschaftliche und kulturelle Mitwirkung, bessere Ausrüstung für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, Anhebung des Vermögens, die eigene Rolle im Produktionsprozeß zu begreifen (und möglicherweise zu gestalten). Aber alle diese Effekte sind nicht sicher. Ein

höheres Bildungsniveau kann, muß aber nicht zwangsläufig qualitativen kulturellen und gesellschaftlichen Fortschritt auslösen oder beschleunigen. Es ist immerhin möglich, daß kulturelle und gesellschaftliche Enthaltung nicht nur die Folge untergeordneter Bildung, sondern auch schlicht der Effekt von „Müdigkeit nach Leistungsdruck“ ist. Wenn dies denkbar ist, so ist auch denkbar, daß die partielle Ersetzung von Arbeitsleistungsdruck durch Lernleistungsdruck an der kulturellen Erschöpfung wenig ändert.

Aus solchen Gründen ist die Frage „Was kommt danach?“ diskussionsbedürftig. Die Lerngesellschaft kann, so notwendig sie bevorsteht, wieder nur als Übergang angeboten werden. Als Dauerzustand ist vermutlich auch sie keineswegs ein Paradies, sondern mit einigen alten und einigen neuartigen Schrecken ausgestattet. Der dauerhafte Ersatz des jahrtausendealten Arbeitsethos durch ein Lernethos würde nicht mehr als die Umbenennung eines Zustandes sein, von dem sich die Menschheit durch immense wirtschaftliche und technische Anstrengungen zu befreien sucht.

Die Überwindung der Lernleistungsphase kann, wenn gleichzeitig das wirtschaftliche Wachstum erhalten bleiben soll, wiederum nach heutigem Vorstellungsvermögen nur von technischen Fortschritten erhofft werden. Die technische Zukunftsforschung rechnet noch für dieses Jahrhundert mit der Bereitstellung von globalen Informationsspeichern, welche jedem über telefon- oder fernseherähnliche Zugriffseinheiten zur Nutzung zur Verfügung stehen. Sie rechnet ferner mit der Entwicklung lernender Computer. Es wäre auch schwer einzusehen, wenn die elektronische Datentechnik, deren ureigenstes Feld auf dem Gebiet der Speicherung und Verarbeitung großer Mengen abstrakter Informationen in kürzester Frist liegt, beim Einsatz zur Steuerung differenziertester Produktionsprozesse größere Fortschritte machen sollte, als bei der Entlastung des Menschen von intellektuellen Aufgaben. So

wie uns heute gut assortierte Bibliotheken bereits von der Speicherung von Faktenwissen entlasten, so werden auch Verfahrenskennnisse nicht unbedingt auf alle Zeit durch Wissen bereitgehalten werden müssen, sondern auf Knopfdruck anwendungsbereit aus technischen Verfahrensspeichern bezogen werden können.

Eine Gesellschaft, die durch die volle Ausschöpfung derartiger Möglichkeiten ihren Lernleistungsdruck wieder herabsetzen könnte, würde die freiwerdenden intellektuellen Potentiale vermutlich nicht in erster Linie im *dolce far niente* verkümmern lassen, sondern mit ihnen ihre schöpferischen Leistungen um ein Vielfaches vermehren. Die Bildungsforschung wird dabei die Aufgabe haben, Methoden der stufenweisen Ersetzung von Lernsystemen durch Greifsysteme zu diskutieren und über die Nutzung der freiwerdenden intellektuellen Ressourcen zur Erhöhung der Kreativität, des Wahlfreiheitsspielraums und des Selbstbestimmungsgrades zu reflektieren.

Das wäre zumindest eine vertretbare Antwort auf die Frage nach dem „Danach“: Der Lerngesellschaft würde die kreative Gesellschaft folgen.

Die heute lebenden, arbeitenden und lernenden Generationen werden die kreative Gesellschaft vermutlich nicht mehr sehen. Dies vor allem deswegen, weil nicht ungestraft Paradiese für einen kleineren Teil der Menschheit geschaffen werden können, solange der größere Teil der Menschheit die primitivsten Lebensbedürfnisse nicht befriedigen kann. Kreative Teilgesellschaften sind in der Geschichte nicht unbekannt. Sie waren stets nur auf Kosten einer Mehrheit anderer für kurze Zeit lebensfähig. (Das Paradebeispiel sind die privilegierten Schichten des klassischen Hellas.) Das alles mag uns hindern, das „Danach“ bereits für greifbar zu halten. Die Vision der Lerngesellschaft aber — und erst recht ihre bevorstehende Wirklichkeit — könnte ohne die Abzeichnung einer solchen realen Utopie nur schwer vertreten werden.